

Echt gerecht: die gesetzliche Rente fit machen für die Zukunft

Damit die Menschen auch zukünftig von einer guten Rente profitieren, muss die gesetzliche Rente gestärkt und zukunftsfit gemacht werden. Die nächste Bundesregierung muss das Thema anpacken, um auch kommenden Generationen einen Ruhestand in Würde zu ermöglichen.

› DIE SITUATION ‹

Das oberste Ziel muss sein: Menschen erhalten nach einem langen Arbeitsleben eine gute Rente, von der sie im Alter gut und würdevoll leben können. Dafür braucht es eine echt gerechte Finanzierung. Aktuell besteht allerdings eine ziemliche Schiefelage: Wenn die Politik nicht umsteuert, steigen die Beiträge und das Rentenniveau sinkt – bis es im Jahr 2050 nur noch 43 Prozent betragen könnte. Das darf nicht passieren.

› RENTENNIVEAU STABILISIEREN, RENTALTER HALTEN ‹

Der DGB schlägt vor, das Rentenniveau zunächst bei 48 Prozent zu stabilisieren und in einem weiteren Schritt anzuheben etwa auf 50 Prozent. Um dies zu ermöglichen, sollen die Rentenbeiträge schrittweise moderat ansteigen – bis auf 25 Prozent des Bruttolohns in den 2040er Jahren.

Bereits heute sind die Bürger*innen aufgerufen, privat für die Rente vorzusorgen. Rechnet man den gesetzlichen Rentenbeitrag von der-

zeit 18 Prozent und die private Vorsorge zusammen, kommen bereits heute 24 bis 25 Prozent für die Rente zusammen. Der DGB setzt sich dafür ein, dieses Geld stattdessen für eine starke gesetzliche Rente zu nutzen.

Aus neoliberaler Ecke kommt immer wieder der Vorschlag, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. Dies ist nichts anderes als eine versteckte Rentenkürzung: Wer nicht durchhält, muss höhere Abschläge in Kauf nehmen. Menschen mit schweren körperlichen Jobs sind im Alter gesundheitlich stärker eingeschränkt und sterben früher. Sie wären von einem späteren Rentenalter überdurchschnittlich betroffen. Das ist ungerecht, deshalb lehnt der DGB ein höheres Rentenalter klar ab.

› RENTENVERSICHERUNG: ALLE MITNEHMEN ‹

Der DGB schlägt vor, die Rentenversicherung langfristig in eine Erwerbstätigenversicherung umzuwandeln, in die alle einzahlen. In einem ersten Schritt sollen Selbständige und Politiker*innen einbezogen werden. Nicht beitragsgedeckte Leistungen wie die sogenannte „Mütterrente“ müssen aus Steuermitteln gezahlt werden.

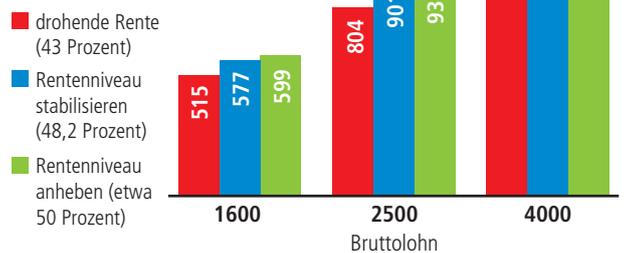
› DAS SAGEN DIE PARTEIEN ‹

Die **SPD** will das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent stabilisieren, das Rentenalter nicht weiter anheben und langfristig eine Erwerbstätigenversicherung einführen. Die Unionsparteien **CDU/CSU** wollen die gesetzliche Rente nicht stärken. Die Union will das Rentenniveau weder stabilisieren noch anheben. Die Sozialbeiträge sollen auf 40



Kurswechsel für die Rente

Die Bedeutung unterschiedlicher Rentenniveaus für verschiedene Lohngruppen (in Euro)



Quelle: DGB-Rentenrechner, www.dgb.de/rentenrechner

© DGB-einblick 10/2021 / CC BY 4.0

Das Rentenniveau könnte in den 2040er Jahren auf 43 Prozent sinken. Die Vorschläge des DGB sollen es stabilisieren und es dann etwa auf 50 Prozent anheben.

Prozent begrenzt werden. Zudem bleibt im Wahlprogramm die Frage nach dem Rentenalter offen. Die private Rentenversicherung soll verpflichtender gemacht werden.

Die **Grünen** wollen das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent stabilisieren. Sie planen einen arbeitgeberfinanzierten Mindestbeitrag zur Rente. Die Partei will eine Bürgerversicherung auch für nicht Erwerbstätige. Die **Linke** will das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben. Zudem sollen die Rente mit 67 zurückgenommen und eine Erwerbstätigenversicherung eingeführt werden.

Die **FDP** will das Rentenalter „flexibilisieren“, so dass die Mehrheit länger arbeiten muss.

🔍 AUF EINEN BLICK

➤ **Wahlcheck zur Rente:** Die Wahlprogramme der Parteien im Überblick: www.dgb.de/-/OMx

➤ Das **DGB-Faktenblatt zur Rente** gibt es hier: www.dgb.de/-/OMI

DER DGB FORDERT

- gesetzliche Rente stärken
- Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisieren und im weiteren Schritt anheben
- Beitragssatz nicht deckeln
- Bundeszuschuss, der aus Steuern finanziert wird, muss steigen.
- nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln finanzieren.
- gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln – im ersten Schritt die Selbständigen einbeziehen
- solidarischen Ausgleich bei niedrigem Lohn, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege oder Bildung
- Rentenalter nicht anheben